

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Kanton Zürich haben umsichtig entschieden:

Der Fremdsprachenknatsch geht weiter.

Mit 61 Prozent Nein-Stimmen ist zum zweiten Mal im Kanton Zürich die Initiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» abgelehnt worden. 2006 wurde sie mit 58 Prozent verworfen. Alle Bezirke im Kanton lehnten das Begehren ab. Von 168 Gemeinden stimmten nur gerade 21 zu. In der Stadt Zürich scheiterte das Anliegen mit 70 Prozent der Stimmen.

Auch Winterthur lehnte klar ab.

Das ist ein klares Verdikt des Souveräns gegen die Forderung der Initianten und Lehrerverbände, dass an der Primarschule künftig nur noch eine Fremdsprache unterrichtet hätte werden sollen. Mit diesem klaren Resultat wurde auch einem Abbau von Bildungsleistung eine klare Absage erteilt. Englisch und Französisch werden weiterhin an der Primarschule unterrichtet.

Hellhörig machen allerdings die Forderungen der Abstimmungsverlierer an die Politik «Verantwortung zu übernehmen». Einerseits müssten die «Lernziele nach unten ange-

passt» werden, da die bestehenden nicht erreicht würden. Andererseits müsse für die Fremdsprachen ein Halbklassenunterricht eingeführt werden und drittens soll die Bildungsdirektion eine «seriöse Evaluation» durchführen, warum der Sprachunterricht «nicht so fruchtet wie erhofft.»

Eine Nivellierung nach unten bringt nichts. Wir dürfen uns nicht ausschliesslich an den Leistungsschwächeren ausrichten. Gerade für diese wird heute schon viel gemacht. Die Wirtschaft braucht leistungsstarke Schüler, die eine Berufslehre absolvieren oder ans Gymnasium gehen. Die Anforderungen im Berufsleben wachsen stetig. Dazu gehören auch Fremdsprachenkenntnisse. Ein weltoffenes Zürich bedingt die Mehrsprachigkeit. Ein möglichst früher Kontakt mit der dominierenden Weltsprache Englisch ist gesellschaftspolitisch und wirtschaftlichen Erwägungen unausweichlich, um international mithalten zu können. Französisch ist aus staatspolitischen Überlegungen

wichtig. Zudem ist die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler den Anforderungen gewachsen. Gegen die Prüfung von Verbesserungsvorschlägen im Unterricht ist natürlich nichts einzuwenden.

Nur darf die Verbesserung nicht darin enden, überall Halbklassenunterricht einzuführen. Andere Fachschaften wie zum Beispiel Deutsch oder Mathematik könnten zurecht gleiche Forderungen aufstellen. Eine massive Reduktion der Klassengrösse – eine Frage, über die sich die kantonale Politik schon oft unterhalten hat – würde durch die Hintertür eingeführt.

In der Sprachenfrage ist ein koordiniertes, zwischen den Kantonen abgestimmtes Vorgehen dringend notwendig. Alleingänge einzelner Kantone tragen nicht zu einer starken Bildung in der Schweiz bei. In diesem Sinne haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Kanton Zürich umsichtig entschieden.

Dieter Kläy,

30.5.2017, 116. Jahrgang, Nr. 150.